



Aktenzeichen: CDU

Datum: 19.04.2023

Hinweis:

Beratungsfolge: Stadtrat

**Keine Veräußerung der Baugesellschaft Frankenthal!
hier: Resolutionsantrag der CDU-Stadtratsfraktion**

Der Stadtrat möge sich dazu erklären und beschließen, dass die Stadt Frankenthal ihre Gesellschaftsanteile an der Baugesellschaft Frankenthal NICHT veräußern wird; weder jetzt noch in Zukunft.

Begründung:

Die Baugesellschaft Frankenthal GmbH, einst als Gemeinschaftsunternehmen der Stadt FT zusammen mit Frankenthaler Unternehmen gegründet und bis 1998 geführt, verwaltet in Frankenthal und dessen Umland rund 1.900 Wohnungen. Mit der damaligen Veräußerung von Gesellschaftsanteilen an die Stadtwerke Heidenheim und die Sparkasse Heidenheim, hat die Stadt Frankenthal maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung und die Bau- und Sanierungstätigkeit der Gesellschaft abgegeben. Gleichwohl hält die Stadt FT noch genügend Anteile, um bspw. Wohnungsveräußerungen an Investoren in größerem Maße verhindern zu können.

Frau Aylin Höppner hat nun in zwei Interviews/Berichten der RHEINPFALZ erklärt, dass sie als Oberbürgermeisterin die städtischen Anteile an der Baugesellschaft verkaufen und mit dem Erlös eine eigene Wohnungsbau-Gesellschaft gründen wolle.

Aufgrund der vorkaufsrechtlichen Regelungen würden die Konzerngesellschaften der Stadt Heidenheim dann wohl alle Anteile auf sich vereinen und hätten damit freie Hand bei der Lenkung des in Frankenthal ansässigen Unternehmens. Schon in den vergangenen Jahren konnten wir sehen, dass die Investitionstätigkeit der Baugesellschaft deutlich zurückgegangen ist. Viele Gebäude haben einen hochgradigen Sanierungsstau. Daher ist zu befürchten, dass die „Heidenheimer“ als Alleingesellschafter der Baugesellschaft primär die Rendite des Unternehmens in den Fokus und sich sukzessive aus der Bau- und Sanierungstätigkeit in Frankenthal zurückziehen werden. Für die Mieterinnen und Mieter hätte das zur Folge, dass die Mieten deutlich erhöht werden und finanzstarke Investoren Gebäude erwerben, umfangreich sanieren und die Wohnungen zu weit höheren Mietpreisen oder gar als Eigentumswohnungen wieder an den Markt geben. Die Mieterinnen und Mieter müssten sich dann woanders eine „bezahlbare“ Wohnung suchen – aber wo?? Dieser Gefahr, die die SPD hier zugunsten des schnellen Geldes und zulasten unserer Mitmenschen eingehen will, muss der Stadtrat entschieden entgegenreten!

Die Steuerung bestehend durch die Sperrminorität in der Hand der Stadt und damit Mieterschutz in Form von Mietenregulierung muss bestehen bleiben.

Gabriele Bindert
Fraktionsvorsitzende

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	<input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		